Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger, und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 285 — Freitag, den 7. Dezember 1928 — 23. Jahrgang

Severings Vermittlertätigkeit

Reichsminister Severing über seine Schiedsrichteraufgabe

Reichsminister Severing äußerte sich vor Vertretern der Presse über seine Schlichteraufgabe in dem Konflikt der Metallindustrie des Ruhrgebietes. Danach ist damit zu rechnen, daß bis Ende der Woche etwa 75 Prozent der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wenn die Arbeitsaufnahme bis dahin noch nicht vollkommen ist, so hat das seinen Grund in technischen Schwierigkeiten. Reichsminister Severing hat mit seinem Besuch im Ruhrgebiet zunächst den Zweck verfolgt, die Wiedereröffnung der Betriebe sobald wie möglich herbeizuführen. Er hat mit den Arbeitgebern wie mit den Vertretern der drei Gewerkschaftsrichtungen Besprechungen gehabt, die dieser ersten unmittelbaren Aufgabe galten. In der Presse sind Meldungen über die Mission des Reichsministers Severing erschienen, wonach er mit einer gebundenen Marschroute ins Ruhrgebiet „entsandt" worden ist. Diese Darstellung ist nicht richtig.

Minister Severing stellte fest, daß er die Mission nicht übernommen hätte, wenn nicht zwei Bedingungen erfüllt worden wären, daß nämlich beide Parteien ihn als Vermittler anerkennen und sie dieser Aufgabe keine Bedingungen entgegenstellen. Beides ist erfüllt worden.

Die Arbeitgeber haben allerdings den Wunsch geäußert, daß „die Arbeitszeitfrage in den Kreis der Erörterungen einbezogen würde, und daß die Schlichtung des Streites durch Minister Severing dem Arbeitsfrieden für möglichst lange Zeit herbeiführe und daß der Minister sich zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ins Ruhrgebiet begebe, um sich hierselbst von dem Stand der Dinge zu überzeugen. Da diese Wünsche sich durchaus mit der Auffassung der anderen Parteien vereinbaren lassen, wird die Entscheidungsfreiheit des Ministers durch sie nicht beeinträchtigt.

Noch in der Nacht, als Minister Severing im Ruhrgebiet eintraf, hat er Besprechungen mit den Arbeitgebern gehabt, um die Arbeitsaufnahme möglichst weitgehend für Dienstagfrüh sicherzustellen. Dabei legte er Wert darauf, daß die Wiederbeschäftigung der Arbeiter sich möglichst glatt vollziehe, damit die Lösung des Konfliktes nicht durch Schwierigkeiten bei der Oeffnung der Betriebe erschwert werde. Minister Severing betonte, daß diese Sorge sich als grundlos erwiesen hat, weil auf beiden Seiten das Bestreben herrscht, solche Hindernisse zu vermeiden.

In einem Berliner Blatt wurde gemeldet, daß Minister Severing in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine Verfügung in Aussicht gestellt habe, die Maßregelungen von Betriebsratsmitgliedern verhindert. Diese Frage ist in den Besprechungen behandelt worden.

Der Minister steht aber auf dem Standpunkt, daß man den Konflikt mit möglichst leichter Hand beilegen soll.

Er hat deshalb von dem Erlaß einer solchen Verfügung abgesehen und sich dafür von den Arbeitgebern das Versprechen geben lassen, daß Maßregelungen nicht erfolgen, und zwar nicht nur, soweit Betriebsratsmitglieder in Frage kommen, sondern grundsätzlich. Die Betriebsräte werden in ihre alte Funktion wieder eingesetzt und etwaige Meinungsverschiedenheiten sollen zwischen ihnen und den Betriebsleitungen geregelt werden. Wenn sich Fälle ergeben, in denen eine Einigung nicht möglich ist, so ist Vorsorge getroffen, daß die Schwierigkeiten trotzdem aus der Welt geschafft werden.

Minister Severing betonte, daß die Reichsregierung Wert darauf legt, den Konflikt sobald wie möglich völlig beizulegen. Er wird nun zunächst den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers und den Vermittlungsvorschlag des Regierungspräsidenten Bergemann genau studieren und sich darauf erneut ins Ruhrgebiet begeben, um zunächst in getrennten und dann in gemeinsamen Verhandlungen mit beiden Parteien den Versuch zu machen, eine Annäherung herbeizuführen und schließlich seinen Schlichtungsspruch zu fällen.

Es ist damit zu rechnen, daß dieser Schiedsspruch nicht vor Ende nächster Woche erfolgt.

Eine Veranlassung für eine Ueberstürzung dieses Spruches liegt nicht vor, nachdem die Betriebe ja wieder geöffnet worden sind. Minister Severing wird deshalb eine genaue Prüfung des Problems vornehmen, und sie ist nach seiner Auffassung umso notwendiger, als sein Spruch gegenüber dem bisherigen etwas Neues sein muß. Er wird dabei die wirtschaftlichen und die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigen.

Was die soziale Seite anlangt, so wies der Minister darauf hin, daß es im Ruhrgebiet noch Arbeiter mit 60stündiger Arbeitszeit je Woche gibt und in Schwerstbetrieben Arbeiter mit 57 Stunden. Außerdem besteht eine starke Verschiedenheit in den Löhnen. So verdient z. B. der erste Mann an der Walzenstraße bis zu 20, 22 Mark je Tag, während ungelernte Arbeiter in denselben Betrieben einen Tagesverdienst von 4,50 Mark haben. Hier beabsichtigt Minister Severing, einen Ausgleich durch Staffelung herbeizuführen, um den sozialen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Er wies dabei darauf hin, daß Reichswirtschaftsminister Wissell nur die Möglichkeit hatte, den Schiedsspruch entweder für verbindlich zu erklären oder es zu unterlassen, dagegen konnte er keine Aenderungen vornehmen. Demgegenüber unterstrich Minister Severing, daß seine Aufgabe ihm Aenderungsmöglichkeiten biete und daß er diese Freiheit nützen werde. **Bei dieser Verschiedenheit der Lagerung der Dinge sei es unrichtig, wenn seine Aufgabe so dargestellt worden ist, als werde der Reichsarbeitsminister durch den Severingspruch desavouiert.**

*

Die Arbeitsaufnahme in Nordwest

Der Arbeitgeberverband teilt auf Anfrage mit: In der weiterverarbeitenden Industrie sind zurzeit 70 Prozent der Belegschaft wieder bei der Arbeit und bei den Hüttenwerken 80 Prozent. Die Hüttenwerke begannen gestern mit dem Anblasen der Hochöfen.

Keine politischen Kommissare mehr bei der Roten Armee

Wie die „Rigasche Rundschau" meldet, werden durch eine Verordnung des Obersten Kriegsrates die politischen Beiräte in der Roten Armee völlig abgeschafft; das Kommando wird ganz den militärischen Befehlshabern übertragen. **Die Aufhebung soll erfolgen, weil wiederholt Soldaten die politische Aufsicht mißbrauchten und weil auch die politischen Kommissare die militärische Ausbildung behinderten. Gleichzeitig mit dieser wichtigen Verordnung erklärte der Kriegskommissar dem Kreml, daß die Armee, da sie zu vier Fünfteln aus Bauern bestände, bald ihre Kampffähigkeit verlieren würde, wenn die Regierung nicht ihre Agrarpolitik zugunsten der Bauern abändern würde.**

Auslieferung aus der Schweiz

Die staatsrechtliche Abteilung des schweizerischen Bundesgerichts hat beschlossen, dem deutschen Ersuchen um Auslieferung des in St. Gallen verhafteten Georg Noblot zu entsprechen und dessen Einwände, daß die ihm zur Last gelegten Delikte des Betruges und der Urkundenfälschung politischer Natur seien, abzuweisen. Noblot, der als Elsässer früher deutscher und heute französischer Staatsangehöriger ist, hat gemeinsam mit einer Anzahl Komplizen versucht, durch Fälschung von Verträgen, Lieferungs- und Transportpapieren die Behörden beider Staaten über angeblich große Warenlieferungen (Zucker) von Deutschland nach Frankreich auf Rechnung des Reparationskontos zu täuschen und gleichzeitig den Warentransfer zum Nachteil der deutschen Währung in Bargeldtransfer umzuwandeln.

Preußen und Hamburg

Ministerpräsident Braun in Hamburg — Preußens Offensive — Ein Stück Reichsreform — Die Richtlinien der Verhandlungen

Der preußische Ministerpräsident Braun steht nicht in dem Rufe, daß er seine Politik im Umherziehen treibt. Er ist in der Wilhelmstraße der Berliner City sehr seßhaft und regiert Preußen mit großer Zielbewußtheit. Wenn er sich nach langer Ueberlegung entschloß, Berlin zu verlassen und Hamburg einen Staatsbesuch abzustatten, so durfte gleich erwartet werden, daß dieser Besuch den Auftakt zu einer Art moralischen Offensive Preußens bildet, die festgefahrenen niederelbischen Fragen wieder in Fluß zu bringen. So ist es in der Tat auch gekommen.

Die preußisch-hamburgischen Verhandlungen ruhten jetzt 2½ Jahre. In dem damaligen Schluß-Protokoll wurde festgestellt, daß in den Fragen des Gebietsaustausches und Finanzausgleichs eine Einigung nicht erzielt werden konnte und eine Lösung auf Grund des viel erörterten Drews-Röderschen Gutachtens als ausgeschlossen zu betrachten wäre. In den jetzt wieder aufgenommenen Verhandlungen hat man vorerst die territorialen Fragen völlig ausgeschaltet. Man ist aber sowohl in Berlin wie in Hamburg der Ueberzeugung, daß die Erneuerung und Neugliederung des Reiches demnächst von der Reichsregierung und dem Reichstag mit solcher Energie in Angriff genommen werden müssen, daß die gebietspolitischen Streitigkeiten ohnehin eine baldige Regelung finden werden.

Preußens Ministerpräsident Braun ist in Hamburg nicht mit leeren Händen erschienen. Er bringt Richtlinien für eine künftige Zusammenarbeit zwischen Preußen und Hamburg im Gebiete der unteren Elbe mit, die in zahlreichen Beratungen und Einzelverhandlungen während der letzten Wochen vereinbart wurden. Ihr Ziel ist, eine einheitliche Entwicklung des hamburgischen-preußischen Wirtschaftsgebietes an der unteren Elbe zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke wurden Vereinbarungen getroffen, die sich auf die Fragen der Landesplanung und das Siedlungswesen, ferner auf die Verkehrsgestaltung und schließlich auf die Gründung einer preußisch-hamburgischen Hafengemeinschaft erstrecken.

Erst jüngst hat sich der Haushaltsausschuß des Preußischen Staatsrats für eine möglichst rasche Lösung des Niederelbe-Problems ausgesprochen, von dem die Hamburg-Frage bekanntlich nur ein Teil ist. Der Ausschuß äußerte damals auch den Wunsch, daß Vertreter der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zu den Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg herangezogen werden möchten. Geschieht dies, dann dürften die Unterhaltungen dadurch schwerlich erleichtert und vereinfacht werden.

Schon jetzt zeigt sich, daß die Richtlinien zur Schaffung eines einheitlichen Siedlungsplanes über Allgemeinheiten nicht hinausgekommen sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Verkehrsgestaltung. Auf beiden Seiten hat man Ausschüsse geschaffen, die sich erst darüber klar werden und darüber einigen sollen, was zu unternehmen ist. Erfreulich

---

Chamberlain verweigert die Antwort

Die Rheinlandräumung im englischen Unterhause

Im englischen Unterhause richtete Thurtle (Arbeiterpartei) an Chamberlain die Anfrage, ob er, in Verbindung mit der Frage der weiteren Besetzung des Rheinlandes, der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Erklärung, die im Juni 1919 zur Auslegung des Artikels 431 des Versailler Vertrags veröffentlicht wurde, Beachtung geschenkt habe. In dieser Erklärung, so sagte Thurtle, ist mitgeteilt worden, daß die alliierten und assoziierten Mächte, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt als nach Ablauf der 15jährigen Frist Beweise seines guten Willens und befriedigende Bürgschaften für seine Absicht, alle seine Verpflichtungen zu erfüllen, gegeben habe, bereit sein würden, über eine frühere Beendigung der Besetzung untereinander zu einem Abkommen zu gelangen.

Chamberlain antwortete: Jawohl. Die fragliche Erklärung besagte, wenn Deutschland bis zu einem früheren Datum als dem 10. Januar 1935 einen Beweis seines guten Willens und zufriedenstellende Garantien für die Sicherung der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben habe, dann würden die interessierten alliierten und assoziierten Mächte, nämlich Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten, sich bereit finden, untereinander ein Einvernehmen über eine frühere Beendigung der Besetzungszeit herbeizuführen. Die ehemals alliierten Mächte sind auch jetzt von dem Geist der Erklärung vom 16. Juni 1919 beseelt, wie die in Genf am 16. September d. J. von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Japans und Deutschlands angenommene Entschließung zeigt, in der die Eröffnung offizieller Verhandlungen hinsichtlich einer baldigen Räumung des Rheinlandes gebilligt wird.

Rennie Smith: Ist dieses Dokument (die Erklärung Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges) nicht eine Erklärung der juristischen Seite der Angelegenheit?

Chamberlain: Nein, gewiß nicht. Das Dokument ist eine Erklärung der Absichten der drei genannten alliierten Regierungen und eine gegenseitige Verpflichtung zwischen diesen drei Regierungen. Es ist nicht eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Regierung oder gegenüber anderen alliierten Regierungen, obwohl all diese Regierungen zurzeit im Geiste dieser Erklärung handeln.

Wedgwood: Was immer auch die juristische Auslegung des Artikels 431 sein mag, ist es als endgültig zu betrachten, daß wir, solange die derzeitige Regierung im Amt ist, uns der französischen Auffassung anschließen, diese beiden Fragen, nämlich die Räumung und die Reparation, in zwangsläufigem Zusammenhang zu halten und die deutsche Rechtsauffassung zu bestreiten, daß die beiden Fragen nicht im Zusammenhang stehen?

Chamberlain: Es wäre richtiger, wenn der Herr Abgeordnete die Güte haben wollte, seine Frage schriftlich niederzulegen und mir Zeit zu ihrer Prüfung zu geben.

Wedgwood: Haben wir nicht einen Anspruch darauf, dies endgültig klargestellt zu sehen? Die Antwort am Montag war nicht klar. Was ich wissen möchte, ist, ob die Antwort, die der Staatssekretär am Montag hinsichtlich des juristischen Inhaltes des Artikels 431 erteilt hat, Großbritannien verpflichtet, nunmehr die französischen Rechtsansprüche gegen die deutschen Rechtsansprüche zu unterstützen.

Chamberlain: Ich habe den Herrn Abgeordneten bereits darum gebeten, mich über eine Anfrage von solcher Bedeutung vorher zu verständigen. Es liegt auf der Hand, daß jede Antwort, die ich auf eine Anfrage dieser Art erteile, in weitem Umkreis außerhalb der Mauern dieses Hauses gelesen wird, und ich habe das Recht zu verlangen, daß mir eine derartige Anfrage vorher angekündigt wird.

SLUB
Wir führen Wissen.